

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Lintner, Dr. Schulte (Schwäbisch Gmünd), Neuhaus, Dr. Dollinger, Weirich, Pfeffermann, Milz, Dr. Götz, Frau Hoffmann (Soltau), Dr. Kunz (Weiden), Susset, Dr. Riedl (München), Bühler (Bruchsal), Hinsken, Niegel, Lowack, Dr. Friedmann, Linsmeier, Sauter (Epfendorf), Dr. Hornhues und der Fraktion der CDU/CSU
— Drucksache 9/1438 —

Rationalisierungsmöglichkeiten bei der Deutschen Bundespost

Der Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen – 900-1 B 1114-9/2 – hat mit Schreiben vom 24. März 1982 die Kleine Anfrage namens der Bundesregierung wie folgt beantwortet:

Anläßlich der Präsidentenkonferenz am 28./29. September 1981 erklärte der Bundespostminister u. a.: „Wenn es nicht mehr gelingen würde, über Rationalisierungsmaßnahmen Kostensteigerungen aufzufangen, kämen durch überproportionale Gebührenerhöhungen mit Sicherheit Nachfragerückgänge auf uns zu, die sowohl den Wettbewerbs- als auch den Monopolbereich treffen würden.“

1. Welche konkreten Vorstellungen und Absichten bezüglich Rationalisierung, Umstrukturierung oder sonstiger Maßnahmen zur Kosteneinsparung oder Verbesserung des Dienstleistungsangebotes liegen den obigen Äußerungen des Bundespostministers zugrunde?

Wie jedes Unternehmen betrachtet auch die Deutsche Bundespost die Optimierung ihres Faktoreinsatzes als eine ständige und wichtige Aufgabe. Bei ihren Bemühungen, Rationalisierungschancen zu nutzen, stehen neue Kommunikationstechniken im Betrieb der Deutschen Bundespost im Vordergrund, da ihr bei der Einführung eigener neuer Dienste im Betriebs-, Büro- und Verwaltungsbereich eine gewisse Pionierrolle zukommt. Auch dürften potentielle Kunden der Deutschen Bundespost am besten dadurch überzeugt werden können, sich der neuen Telekommunikationsmittel zu

bedienen, wenn die Deutsche Bundespost die Möglichkeit hat, auf gute Ergebnisse im eigenen Betrieb hinweisen zu können.

Die Nutzbarmachung neuer Technologien im Betrieb der Deutschen Bundespost betrifft sowohl die Leistungserstellung, wie z. B. die Realisierung eines Schalterterminalsystems oder den DV-Einsatz im Telegrammdienst, als auch die Verbesserung des inneren Dienstes, wie z. B. die breite Anwendung von Bildschirmtext oder Teletex, die Automatisierung des beleggebundenen Zahlungsverkehrs, die Einführung eines DV-gestützten Transportsteuersystems, die Neugestaltung der Teilnehmerdienste und die Einführung moderner Textverarbeitungs- und Kommunikationssysteme im Büro- und Verwaltungsdienst (z. B. Teletex, Telefax, Btx).

2. Beabsichtigt der Bundespostminister nach seiner Bemerkung – „Wenn ich mir z. B. den Briefdienst ansehe, so bewirkt unsere innerbetriebliche Laufzeitvorgabe von E + 1, verbunden mit unserer Angebots- und Gebührenstruktur, daß rund 70 v. H. der Briefe, Postkarten, Briefdrucksachen und einzeln eingelieferter Drucksachen tatsächlich E+1 laufen, obwohl der Bedarf nach solchen schnellaufenden Sendungen einen wesentlich geringeren Prozentsatz ausmachen dürfte“ – eine Mehrklassenpost entsprechend dem englischen, französischen oder schwedischen Modell einzuführen, und wenn ja, wie soll sie gestaltet sein, welche Kostenersparnis ist zu erwarten und wie ist die Kundenakzeptanz zu beurteilen?

Als Folge sich weltweit schnell entwickelnder neuer Technologien im Bereich der elektronischen Nachrichtenübermittlung, die eine Laufzeit von E + 0 (Ein- und Auslieferung der Sendung am selben Tag) ermöglicht, ist mit noch nicht quantifizierbarer, in jedem Fall jedoch rückläufiger Inanspruchnahme der körperlichen Nachrichtenübermittlung zu rechnen.

In die noch andauernde Untersuchung, wie der Briefdienst der Deutschen Bundespost in ein Gesamtsystem einzuordnen ist, muß auch einbezogen werden, wie die bestehenden Laufzeitvorgaben den noch festzustellenden, tatsächlichen Kundenbedürfnissen anzupassen sind. Hierbei ist insbesondere auch die wirtschaftliche Situation des Briefdienstes (Kostendeckungsgrad im Jahr 1980 lediglich 93,4 v. H.) von wesentlicher Bedeutung. Erfahrungen ausländischer Postverwaltungen mit einer „Mehrklassenpost“ werden in der Untersuchung berücksichtigt.

Die Frage nach eventuellen Auswirkungen kann z. Z. noch nicht beantwortet werden.

3. Beabsichtigt der Bundespostminister, die Fünf-Tage-Woche im Betriebsdienst durch ein rollierendes System beim Mitarbeiterinsatz einzuführen, und wenn ja, wie soll es gestaltet sein und welche Kostenersparnis ist zu erwarten?

Die Anwendung rollierender Dienststundenpläne bei der Brief- und Paketzustellung (nicht im gesamten Betriebsdienst) ist im Bereich der Deutschen Bundespost bereits im Jahre 1971 ermöglicht worden; ihre generelle Einführung wurde s. Z. jedoch nicht angeordnet.

Für die Zustellung wird z.Z. geprüft, ob zur Verbesserung des wirtschaftlichen Ergebnisses des Brief- und des Paketdienstes eine generelle Einführung vorgesehen werden soll.

4. Seit wieviel Jahren bemüht sich der Bundespostminister um die Rationalisierung, Automatisierung und Verbesserung des Postscheckdienstes? Welches sind die bisherigen Ergebnisse, und welches sind die Gründe für die Verzögerungen?

Rationalisierung und Verbesserung des Postscheckdienstes (PSchD) sind Daueraufgaben. Sie lassen sich daher weder vom Beginn noch von einem planmäßigen „Endzeitpunkt“ her fixieren. Auch der Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung, die für den PSchD seit dem Jahre 1966 genutzt wird, ist unter diesem Aspekt als Daueraufgabe zu sehen.

Aus den fast 30 wesentlichen Leistungsverbesserungen im PSchD (seit 1966) sollen hier erwähnt werden:

- 1966 Aufnahme des Klarschriftleseverfahrens,
- 1969 Einführung des Postbarscheckverfahrens,
- 1975 Beitritt der Deutschen Bundespost zum eurocheque-System,
- 1976 Einführung des beleglosen Datenträgeraustauschs,
- 1978 Beitritt der Deutschen Bundespost zum EUROCARD-System,
- 1979 Ausweitung der Überziehungsmöglichkeit,
- 1981 Beitritt der Deutschen Bundespost zur Rahmenvereinbarung über Point of Sale (POS) (bargeldlose Kassensysteme), Beginn der Ausgabe von eurocheque-Karten mit Magnetstreifen zur zusätzlichen Benutzung von ec-Geldautomaten.

Auf folgende Entwicklungen des Gesamtsystems PSchD sei hingewiesen:

- Die Kontenführung ist in den 70er Jahren bei allen Postscheckämtern auf Großrechenanlagen übernommen worden.
- Rund 40 v. H. aller Zahlungsvorfälle werden bereits im beleglosen Datenaustausch zwischen den Postscheckämtern und mit Kunden und Kreditinstituten abgewickelt.
- Trotz kontinuierlich gewachsener Verkehrszahlen konnte der Personalbestand bei den Postscheckämtern deutlich gesenkt werden.

Die Einführung der 3. Stufe des beleglosen Datenträgeraustauschs im PSchD, mit dem ein vollautomatisiertes Abwicklungssystem bereitgestellt wurde, wird nun parallel mit dem in der Detailplanung befindlichen Konzept für die Automatisierung des beleggebundenen Zahlungsverkehrs betrieben.

5. Welche neuen Dienste wurden in den drei letzten Jahren im Postwesen aufgenommen und welche davon arbeiten nach einer kaufmännischen Kostenrechnung mit Gewinn, welche kostendeckend und welche mit Kostenunterdeckung?

In den letzten drei Jahren wurden im Postwesen folgende neuen Dienste bzw. Leistungen aufgenommen:

Verkauf von Fahrkarten für die Deutsche Bundesbahn (DB);
Beginn des Betriebsversuchs im OPD-Bezirk Bremen: 2. Mai 1980.

Nach der vorliegenden Kostenrechnung scheint der von der DB gezahlte Vergütungssatz nicht auszureichen, um die Fortsetzung oder Ausdehnung des Betriebsversuchs rechtfertigen zu können. In Verhandlungen mit der DB wird eine Verbesserung des wirtschaftlichen Ergebnisses angestrebt.

Datapostdienst Ausland; Einführung: 1. Januar 1979

Dieser Dienst ist aufgrund seiner Gebührenkonzeption als kostendeckend anzusehen.

ec-Geldautomaten; seit Herbst 1981 Mitbenutzung von ec-Geldautomaten der Banken und Sparkassen durch Postscheckkunden des Postscheckamtes Berlin (West).

Eine Kostenrechnung für das Aufstellen und Betreiben von posteigenen ec-Geldautomaten liegt noch nicht vor.

Die Ausgabe von eurocheque-Karten mit Magnetstreifen an Postscheckkunden zur Benutzung von ec-Geldautomaten verursacht ca. 280 000 DM Mehrkosten jährlich.

Diese angebotene Serviceleistung stärkt die Wettbewerbsfähigkeit des Postscheckdienstes.

Telebriefdienst; Aufnahme bundesweiter Betriebsversuche am 12. Juni 1980; Ausdehnung des Betriebsversuchs auf den Verkehr mit der Schweiz am 16. Juni 1981.

Der Telebriefdienst ist als kostendeckende Dienstleistung konzipiert; während des Versuchsbetriebs ist Kostendeckung noch nicht erreichbar.

6. Welche Möglichkeiten bieten sich für eine rationellere Briefkastenleerung, nachdem vom Bundesrechnungshof der hohe Aufwand kritisiert wurde?

Es ist richtig, daß die Briefkastenleerung – bei Einschränkung der Serviceleistungen gegenüber dem Postkunden – rationeller gestaltet werden kann.

In diesem Zusammenhang kommen Einschränkungen der Vormittags- und der Nachtleerung in Betracht.

Entsprechende Untersuchungen sind eingeleitet.

7. Wie viele Versender von Paketen und Päckchen mit wieviel Sendungen sind seit Oktober 1980 von der Deutschen Bundespost abgewandert und was waren die Ursachen dafür?

In der Zeit vom 1. Oktober 1980 bis 31. Dezember 1981 wurden als abgewandert gemeldet 310 Versender mit einer Jahreseinlieferungsmenge von ca. 2,23 Mio. Paketsendungen (PktSdg).

Als Abwanderungsgründe wurden genannt

„Poststreik“	– von 79 Versendern mit 0,82 Mio. PktSdg,
„Ungünstige Postgebühr“	– von 54 Versendern mit 0,36 Mio. PktSdg,
„Lange Laufzeiten“	– von 7 Versendern mit 0,04 Mio. PktSdg,
„Unzureichendes Dienstleistungsangebot“	– von 10 Versendern mit 0,03 Mio. PktSdg,
Verschiedene	– von 4 Versendern mit 0,02 Mio. PktSdg,
ohne Begründung	– von 165 Versendern mit 0,96 Mio. PktSdg.

Im gleichen Zeitraum sind zur Deutschen Bundespost insgesamt 160 Versender mit rd. 1,02 Mio. Paketsendungen zurückgekehrt.

8. Beabsichtigt der Bundespostminister eine Umorganisation oder Reorganisation innerhalb des Bundesministeriums für das Post- und Fernmeldewesen, und wenn ja,
 - wann war die letzte Umorganisation und welche Ziele sollte sie seinerzeit erfüllen,
 - wurden diese Ziele erreicht und wenn nein, warum führte sie zu keinem Erfolg,
 - welches sind die Gründe für die jetzt geplante Um- oder Reorganisation, welche Ziele hat sie und welchen Erfolg verspricht sich der Bundespostminister davon?

Der Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen sieht die Anpassung organisatorischer Strukturen an veränderte äußere oder innere Bedingungen als ständige Aufgabe an. So ist auch in der Vergangenheit die Aufbauorganisation des Bundesministeriums für das Post- und Fernmeldewesen den jeweiligen Bedürfnissen entsprechend fortentwickelt worden.

- Die letzte größere Umorganisation wurde im Jahre 1971 durchgeführt. Die damit verbundenen wesentlichen Ziele waren
 - die Förderung des Kostendenkens,
 - die bessere Abgrenzung von Aufgaben, Zuständigkeit und Verantwortung,
 - die Trennung von Stabs- und Linienfunktionen und
 - die Einrichtung von Organisationseinheiten für Unternehmensplanung, Marktforschung und Revision.
- Die Ziele sind ausnahmslos erreicht worden.
- Zur Zeit werden Überlegungen darüber angestellt, ob durch organisatorische Maßnahmen das Bestreben unterstützt werden kann, bei der Ausgestaltung und Produktion des Dienstleistungsangebots der Deutschen Bundespost die Bedürfnisse der Kunden und des Marktes in noch stärkerem Maße zu berücksichtigen.

Konkrete Pläne für organisatorische Maßnahmen innerhalb des Bundesministeriums für das Post- und Fernmeldewesen bestehen noch nicht.

